



Unser Landvolk

► Rundschreiben ◀

Ausgabe 2/2022



Was frisst eine Kuh? Schülerinnen und Schüler lernen am meisten, wenn sie selbst tätig werden können.

Schulen erforschen Nachhaltigkeit auf den Höfen

Nach zwei Corona-Jahren mit sehr reduzierten Kontakten konnten in diesem Frühjahr und Sommer endlich wieder Schulklassen und Kita-Kinder auf die Bauernhöfe kommen. Und die Gelegenheit wurde reichlich genutzt – vor allem in den letzten Wochen vor den Sommerferien häuften sich die Besuchergruppen.

Besonders gefragt war das Thema „Nachhaltigkeit auf dem Bauernhof“. Gleich mehrere Schulen in Friesland und in der Wesermarsch haben im Juni und Juli Projektwochen zum Thema Nachhaltigkeit organisiert und wollten sich in diesem Rahmen auch mit der regionalen Landwirtschaft und der Milch-erzeugung beschäftigen. Andrea Vogt und Heike Schmidt, die bei den Kreislandvolkverbänden Wesermarsch und Friesland für die Bildungsarbeit verantwortlich sind, haben daher gemein-

sam mit den Vareler Landwirten Bente Kleyhauer und Renke Hullmann sowie der Lehrerin Frauke Müller vom Vareler Lothar-Meyer-Gymnasium ein Konzept erarbeitet, wie das Thema Nachhaltigkeit anschaulich bei einem Bauernhofbesuch präsentiert werden kann.

Ganz am Anfang stand die Frage: Was bedeutet eigentlich Nachhaltigkeit? „Wir haben folgende gut verständliche Definition gefunden“, sagt Heike Schmidt: „Beim Verbrauch von Rohstoffen und anderen Schätzen der Natur nimmt man Rücksicht auf die nachfolgenden Generationen. Man wird dann nicht mehr verbrauchen, als auch nachwachsen kann.“ Auf die Landwirtschaft bezogen heißt dies, in Kreisläufen zu arbeiten – ein Konzept, das eigentlich nicht neu ist und vielerorts noch –oder

► Lesen Sie mehr auf Seite 2

Ohne Tiere geht es nicht

Ein Kommentar von Dr. Karsten Padeken, Vorsitzender des Kreislandvolkverbands Wesermarsch

„Tierhaltung reduzieren und stattdessen lieber Getreide ohne Umwege für die menschliche Ernährung nutzen – diese Forderung ist seit dem Ukrainekrieg immer wieder zu hören. Auf den ersten Blick klingt das logisch, ließen sich damit doch auf einen Schlag viele Probleme lösen: Es würde weniger landwirtschaftliche Fläche benötigt und entsprechend weniger Dünger, Wasser und Pflanzenschutzmittel. Außerdem ließen sich Klimagase und überschüssige Nährstoffe einsparen.

Aber wie es so ist mit einfachen Lösungen – meistens haben sie einen Haken. Längst nicht auf allen Böden lässt sich Getreide für die menschliche Ernährung anbauen. Schon gar nicht auf Grünland, das ja nur über Wiederkäuer für die menschliche Ernährung genutzt werden kann. Aber auch im Ackerbau gibt es viele Regionen – wie zum Beispiel bei uns an der Küste, wo Weizen nicht in Backqualität gedeiht. Und wer würde das Stroh, die Kleie oder das Rapsschrot sinnvoll verwerten, wenn wir unsere Tiere – insbesondere Rinder – nicht hätten?

Eine nachhaltige Ernährungssicherung geht nur mit Tierhaltung. Dies muss auch endlich in der Politik ankommen!



INHALT:

- ▶ Landtagswahl: Wir haben Kandidaten auf den Zahn gefühlt
- ▶ Wahlkreis Wesermarsch/Rastede
- ▶ Wahlkreis Friesland
- ▶ Wahlkreis Wilhelmshaven
- ▶ 75 Jahre Kreislandvolkverband Wesermarsch
- ▶ Grünlandzentrum untersucht wirtschaftliche Folgen der Moorvernässung
- ▶ Imagekampagne plant „Klima-Woche“ im Oktober
- ▶ Kreislandvolkverband Wesermarsch: Vorstand im Amt bestätigt
- ▶ Monitoring: Die „ultimative“ Kontrolle oder Gängelung?
- ▶ Erntekronen schmücken Kreishäuser
- ▶ Hartmut Seetzen führt Verband seit 20 Jahren an
- ▶ Landvolk intern
- ▶ Landvolk im Dialog 2022

▶ Fortsetzung von Seite 1

wieder?– praktiziert wird. Bei ihrem Besuch konnten die Schulklassen dann Station für Station durchgehen: Wo arbeitet der Betrieb bereits in Kreisläufen, und wo gelingt ihm das (noch) nicht? Beispiel Futter: Der Betrieb der Familie Hullmann kann seine Milchkühe praktisch vollständig von den eigenen Flächen ernähren. Auf 83 Hektar Grünland und auf 190 Hektar Ackerland wachsen Gras sowie Weizen, Raps, Gerste, Ackerbohnen und Mais. Die Marktfrüchte werden zwar verkauft, aber das zugekaufte Kraftfutter entspricht in der Menge in etwa dem Verkauften. Gedüngt

werden die Flächen mit dem anfallenden Wirtschaftsdünger. Zusätzlich wird noch Mineraldünger eingesetzt – hier ist der Kreislauf nicht geschlossen. Durch den Anbau von Ackerbohnen, die Stickstoff aus der Luft binden und im Boden anreichern, konnte der Mineraldünger-einsatz in den vergangenen Jahren allerdings erheblich reduziert werden.

Um den Schülerinnen und Schülern nicht nur Vorträge zu halten, hatten Renke Hullmann, Bente Kleyhauer und ihr Mann Romke auf dem Betrieb drei Mitmach-Stationen aufgebaut: Futterkomponenten mussten abgewogen und zusammengemischt werden, der Abkalbebereich eingestreut und das Jungvieh getränkt werden. So konnte das Thema Kreislaufwirtschaft anhand der alltäglichen Abläufe auf dem Hof anschaulich gemacht werden.

Im Unterricht hatten die Schülerinnen und Schüler bereits vorab über den Methan-Kreislauf gesprochen (siehe Grafik) und erfahren, dass der Boden unter Grünland erheblich mehr CO_2 speichert als der Boden unter Ackerland oder unter Wald, und dass es daher gerade auch unter Klimaschutz-Gesichtspunkten sinnvoll ist, Grünland zu erhalten und über die Rinderhaltung zu nutzen. Mit der Vorbereitung des Themas Nachhaltigkeit war zwar eine Menge Arbeit verbunden, aber Heike Schmidt und Andrea Vogt freuen sich, dass jetzt ein Konzept vorliegt, dass auch bei Schul-

klassenbesuchen auf anderen Betrieben eingesetzt und ohne viel Aufwand an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden kann. Ein großes Dankeschön richten sie an die Familien Hullmann und Kleyhauer sowie an Wilke Harms-Janssen aus dem Wangerland und an Hendrik Lübben aus Nordenham-Abbehausen, die jeweils Schulklassen im Rahmen von Nachhaltigkeits-Projektwochen auf ihren Betrieben zu Gast hatten.

Bildungsprogramm

„Transparenz schaffen“

Seit fast zwei Jahrzehnten beteiligen sich die Kreislandvolkverbände Friesland und Wesermarsch am Bildungsprogramm „Transparenz schaffen – von der Ladentheke zum Erzeuger“. Über das Programm können Besuche von Schulklassen, Kita-Gruppen oder Ferienpass-Kindern, aber auch Touristen und anderen Gruppen finanziell gefördert werden. In regelmäßigen Netzwerktreffen tauschen sich die Akteure über ihre Angebote aus und erhalten neue Ideen, wie sie ihr Programm für Besuchergruppen gestalten können. Wer seinen Betrieb ebenfalls für Besucher öffnen möchte, kann gerne unter Telefon 04401 980522 oder per E-Mail an vogt@klv-wesermarsch.de Kontakt zu Andrea Vogt und Heike Schmidt aufnehmen.



Das im Rindermagen produzierte Methan befindet sich in einem natürlichen Kreislauf.

Landtagswahl: Wir haben Kandidaten auf den Zahn gefühlt

Am 9. Oktober 2022 wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Im Verbandsgebiet der Kreislandvolkverbände Friesland/Wilhelmshaven und Wesermarsch gibt es drei Wahlkreise: Wahlkreis 69 Wilhelmshaven, Wahlkreis 70 Friesland mit der Wesermarsch-Gemeinde Jade sowie Wahlkreis 71 Wesermarsch (ohne Jade) und Rastede.

Insgesamt bewerben sich hier 21 Kandidatinnen und Kandidaten für die Direktmandate. Wir haben alle angeschrieben und sie gebeten, jeweils vier Fragen zu beantworten. Auf den folgenden Seiten drucken wir die Antworten derjenigen ab, die sich bis zur gesetzten Frist bei uns zurückgemeldet haben. Aus Platzgründen mussten wir die Textlänge begrenzen. Zum Teil haben die Kandidatinnen und Kandidaten uns längere Antworten zugeschickt. Diese ausführlichen Antworten haben wir auf unseren Homepages www.kreislandvolk-friesland.de und www.klv-wesermarsch.de veröffentlicht.



Hier die Fragen:

Frage 1: Praktisch im Monatstakt sind unsere Betriebe mit neuen Auflagen konfrontiert, die die landwirtschaftliche Produktion mindern sowie verteuern und eine ausufernde Bürokratie nach sich ziehen – mal auf Landes-, mal auf Bundes-, mal auf Europaebene. Jüngstes Beispiel: Das Vorhaben der EU-Kommission, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln pauschal zu halbieren und in „umweltsensiblen Gebieten“ komplett zu verbieten. Wie soll vor diesem Hintergrund künftig die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln garantiert werden?

Frage 2: Die Preise für Energie explodieren. Im ländlichen Raum stellen sich dabei noch einmal ganz andere Fragen als in den Städten: Z.B. gibt es viele große und alte, nicht selten denkmalgeschützte Gebäude, die Wege zu Ärzten oder Einkaufsmöglichkeiten sind weit und es fehlen Alternativen zum Auto. Mit welchen Maßnahmen können jetzt gezielt die Menschen im ländlichen Raum entlastet werden?

Frage 3: Das Grundgesetz garantiert gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Was steht für die Gewährleistung einer flächendeckenden Grundversorgung im ländlichen Raum ganz oben auf Ihrer Prioritätenliste?

Frage 4 für Friesland/Wilhelmshaven: Der Wolf vermehrt sich in Niedersachsen weiter exponentiell. Längst werden nicht mehr nur Schafe, sondern auch Pferde und Rinder Opfer von Wolfsrissen. Was wollen Sie unternehmen, um diesen Zustand zu beenden und damit die Weidehaltung auch in Zukunft zu ermöglichen?

Frage 4 für die Wesermarsch: Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, sollen in Deutschland bis zum Jahr 2050 80 Prozent der Moorflächen wiedervernässt werden. Die Wesermarsch ist mit rund 30 Prozent Moorflächenanteil davon ganz besonders betroffen. Bislang existieren noch keinerlei konkrete Pläne, ob und wie die Vernässung umgesetzt werden kann. Die Landwirte in den Mooregebieten brauchen zur Zukunftsplanung aber dringend Aussagen, wie es weitergeht. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass nicht einzelne Landwirte oder Regionen die Zeche für das gesamtgesellschaftliche Ziel des Moorschutzes zahlen?

Wahlkreis Wesermarsch/Rastede



Hans-Joachim Janßen
(Bündnis 90/
Die Grünen)

1: Reduzierungen von PSM halte ich wegen des grundsätzlichen Umweltrisikos für wichtig. Sie müssen zu allererst in Kooperation mit den landwirtschaftlichen Betrieben erreicht werden und sich an der Pestizidreduktionsstrategie des gemeinsam vereinbarten Niedersächsischen Weges orientieren. Deshalb halte ich den von Brüssel vorgeschlagenen Weg, in allen Schutzgebieten den Einsatz von PSM zu verbieten, für falsch.

2: Die Fördermittel für die energetische Sanierung von Altbauten müssen erhöht werden, der ÖPNV ist auch im ländlichen Raum z.B. durch Rufbusse/Anrufsammeltaxis beschleunigt auszubauen, es braucht schnell eine vom Land mitgetragene Anschlusslösung für das 9-Euro-Ticket. Selbstgenutzter Photovoltaikstrom reduziert die Stromkosten. Die Bundesregierung hat am 14. September 22 beschlossen, die regulativen Hürden für Photovoltaik-Strom auf dem eigenen Dach oder Grundstück zu senken.

3: Für mich sind schnelles Internet und ein guter Nahverkehr genauso wichtig wie Anreize, Ärzte in die Region zu holen. Land und Bund sollten sich stärker an den Kosten von Gewässer- und Deichunterhaltung beteiligen. Der Verzicht auf Weservertiefungen vermeidet zusätzliche Belastungen.

4: Für die Anhebung der Wasserstände in den Mooren zur Minderung der CO₂-Freisetzung ist eine differenzierte Datenerhebung (Höhenprofile, Infrastruktur) erforderlich. Sodann müssen vor Ort mit Betroffenen intensive Gespräche über lokale Möglichkeiten zur Anhebung des Wasserstandes erfolgen ohne Gebäude und Infrastruktur zu beschädigen. Wirtschaftliche Nachteile auf Nassstandorten müssen finanziell ausgeglichen werden.



Björn Thümler
(CDU)

1: Das geplante Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Landschaftsschutzgebieten würde das Aus für viele Höfe bedeuten. Damit würden wir uns von der Selbstversorgung durch die heimische Nahrungsmittelproduktion verabschieden. Von Niedersachsen aus arbeiten wir darauf hin, dass der Gesetzentwurf der EU-Kommission gravierend korrigiert wird. Ein gutes Beispiel für das Miteinander von Landwirtschaft, Politik und Umwelt ist der „Niedersächsische Weg“. Parallel brauchen wir Wissenschaft und Forschung, um unsere Lebensgrundlagen zu sichern und sie erklären zu können. Hier hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren enorm viel investiert.

2: Wichtig ist mir der Ausbau der Infrastruktur. Es muss sichergestellt werden, dass alle Orte der Grundversorgung schnell erreichbar sind und bestenfalls keinen Individualverkehr benötigen. Auch die Digitalisierung muss dringend ausgebaut werden. Beim Denkmalschutz haben wir die Errichtung von Anlagen zur Nutzung von erneuerbaren Energien bei Gebäuden erleichtert.

3: Meine Prioritäten sind Mobilität, Gesundheitsversorgung und Digitalisierung. Die Infrastruktur beim öffentlichen Personennahverkehr muss ausgebaut und verbessert werden. Die Landarztquote, die wir eingeführt haben, ist ein wichtiger Schritt für die Gesundheitsversorgung auf dem Land. Zudem haben wir 191 zusätzliche Medizin-Studienplätze geschaffen, alleine in Oldenburg ist die Zahl von 40 auf 120 gestiegen. Bei der Digitalisierung bleibt das Ziel eine vollständige Versorgung aller Haushalte mit gigabitfähigen Anschlüssen bis 2025.

4: „Eine Lösung für alle“ funktioniert bei Moorstandorten nicht. Wir brauchen auf die Region abgestimmte Konzepte. Die Landesregierung hat im Maßnahmenpaket „Stadt.Land.ZUKUNFT“ 31,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um Initiativen für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft zu finanzieren, speziell auch auf Moorstandorten. Das ist ein erster Schritt, wird aber bei weitem nicht ausreichen. Hier ist der Bund gefragt: Analog zu den Maßnahmen im Rahmen des Ausstiegs aus der Kohleverstromung muss es einen Entschädigungsfonds für die betroffenen Landwirte geben. Der Ausgleich von Nachteilen, die durch eine Wiedervernässung entstehen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.





Albert Mumme
(Die Linke)

Ich bin der Meinung, die Bäuerinnen und Bauern brauchen deutlich höhere Erzeugerpreise, um ein gerechtes Einkommen bei einer gesellschaftlich angemessenen Arbeitszeit zu erzielen. Diese Frage fehlt. Ich setze mich für niedersächsische Initiativen ein, damit die bäuerliche Arbeit wieder die gesellschaftliche Würdigung bekommt.

Ich werde mich im Landtag für den Ausbau des jetzigen Weideprogramms zu einem all umfassenden Grünlandprogramm einsetzen. Ausreichend finanziell gefördert werden soll die Extensivierung durch Beweidung aller Flächen, durch Verzicht auf Umbruch, spätere und wenige Mähtermine. Eingeschlossen ist hier auch ein Moorschutzprogramm.

Dieses Programm soll nicht durch neue Monsterauflagen kontrolliert werden, sondern neben den schon existierenden Flächenaufzeichnungen durch Begutachtungen auf der Fläche erfolgen. Mit diesem Grünlandprogramm soll die Artenvielfalt an Pflanzen und Kleinstlebewesen gefördert werden und zum Humusaufbau beitragen. Auch die Untersuchungen der Milch auf die Omega-3-Fettsäuren geben Aufschluss über die überwiegende Futtergrundlage Gras.

Im Tresor des Landwirtschaftsministeriums befindet sich bestimmt noch das Gutachten aus dem Jahr 1986 zur Förderung der Weidewirtschaft mit weiteren Vorschlägen, einschließlich eines Investitionsprogramms zur Förderung der Festmistkette, dem Weidemelken und vieles mehr. Eine moderne Landwirtschaft besteht nicht nur aus der Massenproduktion, sondern auch aus der nachhaltigen Bewahrung der Schöpfung. Deshalb lohnt auch ein Blick auf Bewährtes aus der Vergangenheit.

Ich werde mich im Landtag auch für eine gerechte Sozialversicherung einsetzen, in der nicht die Fläche, sondern das Einkommen der Maßstab bei der Bemessung des Beitrages ist. Auch ist eine grundlegende Reform der Landwirtschaftskammer halte ich für nötig.



Karin Logemann
(SPD)

1: Wir sehen die jüngst getroffenen Verordnungen auf EU-Ebene kritisch. Im Niedersächsischen Weg haben wir gemeinsam mit den Bewirtschafter:innen praxistaugliche Lösungen für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln z.B. in Naturschutzgebieten entwickelt. Auf dieselbe Weise wollen wir auch bei anderen Themen gemeinsam mit den Landwirt:innen Fortschritte machen, damit die Produktivität der Flächen erhalten bleibt.

2: Um den ländlichen Raum zu stärken setzen wir uns für eine nachhaltige Förderung durch den ELER-Fonds ein, die für strukturell schwächere Gebiete dringend erforderlich ist. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass die Planung der GAK-Förderungen nicht mehr jährlich erfolgt, damit mehr Planungssicherheit besteht. Weiten Wegen zu Fachärzten wollen wir mit mehr Regionalen Versorgungszentren, wie dem in Nordenham, begegnen. Zur Verbesserung der Mobilität braucht es sowohl innovative Angebote wie On-Demand-Verkehre als auch angemessene Fahrtgelte. Deshalb unterstütze ich einen Nachfolger für das 9-Euro-Ticket!

3: Neben den in Frage 2 genannten Problemen ist vor allem die Digitalisierung zwischen Stadt und Land ungleich gestaltet. Beim 5G-Netz und beim Glasfaserausbau werden wir deshalb ein höheres Tempo einlegen müssen.

4: Bei der Transformation des Moor- und Klimaschutzes werden wir die Bewirtschafter:innen, wie beim Niedersächsischen Weg, in alle Entscheidungen einbeziehen. Entscheidungen über die Landwirt:innen hinweg wird es nicht geben! Der Landtag hat bereits beschlossen erhebliche Summen aus ELER-Mitteln zum Ankauf von Flächen und für Anreize zur klimaschonenden Bewirtschaftung bereitzustellen.



Wahlkreis Friesland

Torge Heinisch
(Die Linke)

1: Ich finde es grundsätzlich richtig und wichtig, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren und insbesondere in den „umweltsensiblen“ Gebieten am besten gänzlich einzustellen. Wir sollten grundsätzlich nur noch ökologische Landwirtschaft betreiben. Dies wird natürlich den Ertrag reduzieren. Dafür müssen wir weg von der flächengebundenen Subvention und hin zur ökologischen Subvention, damit Landwirte einen stabilen Preis erhalten und Ernte-Verluste kompensieren können. Die Fläche, die für Nutztierhaltung benötigt wird, ist deutlich zu hoch. Mit Getreide bekommen wir deutlich mehr Menschen satt! Wir müssen in der Lage sein, uns selbst versorgen zu können.

2: Für denkmalgeschützte Gebäude gibt es viel zu wenige, bzw. nicht weit genug gehende Fördermaßnahmen. Hier müssen Bund und auch Land deutlich mehr Verantwortung übernehmen und bürokratische Hürden abbauen. Beim ÖPNV haben wir kein Nachfrage-, sondern ein Angebots-Problem, vor allem auf dem Land. Das muss solidarisch gelöst werden. Schließlich wollen die Menschen in der Stadt versorgt werden, diese Aufgabe übernehmen oft die Menschen auf dem Land. In der Pflege müssen wir die Bedingungen ändern, faire Gehälter zahlen und den Job attraktiv machen. Angesichts des Ärzt*innen- und Lehrer*innenmangels müssen wir die Zahl der Medizin-Studienplätze erhöhen und das Lehramtsstudium revolutionieren.

3: Dazu habe ich schon bei der zweiten Frage etwas geschrieben. Bei der Sicherstellung einer Grundversorgung hängt vieles von der EU und vom Bund ab. Wir als Bundesland können hier Druck ausüben und als Zwischenlösung selbst Förderprogramme entwickeln, um gewisse Dinge schneller umzusetzen.

4: Den Wolf pauschal zu bejagen halte ich für falsch. Allerdings ist die Weidehaltung die artgerechteste Nutztierhaltung, die wir bieten können. Daher muss ein Kompromiss gefunden werden. Wir müssen die Bestände ganz genau nachhalten und kontrollieren und, wenn es zu Nutztierrißen kommt, auch Wölfe abschießen. Entsprechende Zäune zu bauen, die hoch genug sind, aber auch tief genug in die Erde gehen, damit der Schutz gewährleistet ist, ist keine Alternative.



Florian Rocker
(FDP)

1: Die bisherige Landwirtschaftspolitik hat zu mehr Bürokratie, Höfesterben und Perspektivlosigkeit auf vielen Betrieben geführt. Das wollen wir nicht nur beenden, sondern umkehren! Wir wollen den Landwirtinnen und Landwirten ermöglichen, den an sie gestellten gesteigerten Anforderungen des Tierwohls sowie des Natur- und Umweltschutzes entsprechen zu können. Ausgehend von dem Leitbild der unternehmerischen Landwirtschaft stehen wir für eine Politik, die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und einfordert.

2: Die Schuldenbremse ist einzuhalten, um die Inflation zukünftig nicht zu bestärken. Wo es möglich ist, sollen Menschen entlastet werden. Dabei müssen die Gegebenheiten auf dem Land bedacht werden.



Katharina Jensen
(CDU)

1: Die politischen Rahmenbedingungen müssen auf ganzer Linie gelockert und überdacht werden. Niedersachsen als Agrarland Nr.1 muss Druck auf die EU-Kommission und den Bundestag ausüben. Die Versorgungssicherheit kann nur ausreichend gewährleistet sein, wenn wir auf unseren Gunststandorten maximal produzieren können. Ich möchte mich dafür stark machen, dass kein Moor wiedervernässt wird und so eine ganze Region, die von der Milchviehhaltung abhängig ist, an Wertschöpfung verliert.

2: Gesamtgesellschaftlich gibt es nur ein Mittel, das flächendeckend und alle Menschen gleichermaßen entlastet, dies sind Steuersenkungen. Steuern wie z.B die Stromsteuer, die Energiesteuer oder auch die Mehrwertsteuer können auf das europäische Mindestmaß reduziert werden. Der Einkommensteuertarif muss an die Inflationsrate angepasst werden, also die Kalte Progression abschaffen. Die Pendlerpauschale muss auf 60 Cent ab dem ersten Kilometer angehoben werden. Auch der Mittelstand muss entlastet werden, z.B. durch den immer wieder geforderten Bürokratieabbau.

3: Wir brauchen eine gute digitale Infrastruktur. Auch hier benötigen wir „Deutschlandgeschwindigkeit“ für Unternehmen, Schulen und Verwaltungen. Des Weiteren entscheiden sich Familien für das Land, wenn es ausreichend Schulen gibt und das Angebot an Kindertagesstätten gut ist. Zur Grundversorgung gehört auch die ärztliche Versorgung. Die Schaffung weiterer Studienplätze in Oldenburg ist ein wichtiger Schritt. Medizinische Zentren können eine Chance sein, außerdem sollte die Verbundausbildung (Facharzt Ausbildung in einer Praxis) gefördert werden.

4: Das Land Niedersachsen hat durch die Aufnahme des Wolfs in das Jagdgesetz einen wichtigen Schritt getan. Jetzt muss das Bundesumweltministerium den günstigen Erhaltungszustand erklären. Frankreich oder Schweden haben gezeigt, dass dies möglich ist. Die Wolfspopulation in Niedersachsen ist nicht gefährdet. Der gesellschaftliche Frieden ist es aber allemal. Wir benötigen wolfsfreie Areale, damit der Küstenschutz durch Schafe gewährleistet bleibt. Herdenschutzmaßnahmen sind ineffektiv, unbezahlbar und nicht praktikabel.

Wir setzen uns für den Ausbau und Import erneuerbarer Energien und für einen Förderfonds für klimafreundliche Innovationen ein.

3: Die Infrastruktur soll im Rahmen der Mobilität und Digitalisierung im ländlichen Raum ausgebaut werden. Funklöcher sollen der Vergangenheit angehören und der Glasfaseranschluss gehört in alle Haushalte und landwirtschaftlichen Betriebe.

4: Wir fordern ein modernes Wildtiermanagement, das in engen Grenzen auch eine Bejagung von Arten zulässt, die unter besonderem Schutz stehen. Wir setzen uns für Bundesratsinitiativen ein, die einerseits offiziell den günstigen Erhaltungszustand des Wolfes bestätigen und zum anderen auf europäischer Ebene darauf hinwirken sollen, den Wolf in Anhang V der FFH-Richtlinie aufzunehmen. Ein wirksames Wolfsmanagement muss die Anzahl der Wölfe auf ein mit der Weidertierhaltung verträgliches Maß begrenzen.



Sina Beckmann
(Bündnis 90/
Die Grünen)

1: Sie meinen einen Verordnungsentwurf der EU-Kommission vom Juli 2022, richtig? Dieser ist längst nicht geltendes Recht, denn dafür müssen EU-Parlament und EU-Ministerrat zustimmen. Die Erfahrung lehrt: Dabei wird der Vorschlag deutlich abgeschwächt. Einem grundsätzlichen Verbot von Pflanzenschutzmitteln auf einem Teil der umweltsensiblen Flächen hat der Landvolkverband beim „Niedersächsischen Weg“ ja bereits zugestimmt.

Die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln wäre aber auch dann nicht in Gefahr, wenn sich die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag vollständig durchsetzen würde.

2: Stimmt das wirklich so? Ja, die Wohnungen sind auf dem Land in der Regel größer, dafür sind aber alternative Heizmöglichkeiten wie Kamine, Holzöfen oder Solarthermie viel verbreiteter oder die Möglichkeiten diese zu nutzen größer. Von der Erhöhung der Pendlerpauschale profitieren die Menschen auf dem Land stärker. Unter dem Strich dürfte die zusätzliche Belastung nicht vom Wohnort Stadt oder Land abhängig sein.

3: Damit Homeschooling und Homeoffice endlich funktionieren, brauchen wir schnelles und leistungsfähiges Internet. Außerdem steht für mich ganz oben auf der Liste der Ausbau und die Anbindung an einen gut getakteten, bezahlbaren ÖPNV und die Versorgung mit Ärzten und Einkaufsmöglichkeiten.

4: Zur Unterstützung aller weidetierhaltenden Betriebe wollen wir eine Weideprämie einführen, denn es ist für mich wichtig, dass die Tiere weiterhin auf der Weide sind. Wir wollen Herdenschutzteams etablieren, die tatkräftige Hilfe bei der Verbesserung des Herdenschutzes leisten. Das europäische und deutsche Recht lässt es zu, Tiere, die wolfsabweisende Zäune überwinden, zu entnehmen. Wir wollen die Anwendung dieser Regelung nicht grundsätzlich ändern. Alles andere lässt das europäische Recht nicht zu und Mehrheiten in der EU zur Änderung der FFH-Richtlinie sind nicht in Sicht.



Olaf Lies
(SPD)

1: Ein wesentlicher Schritt liegt hierbei in der engen Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft. Als Umweltminister habe ich gemeinsam mit der Landwirtschaftsministerin, Landwirtschaft und Umweltverbänden den Niedersächsischen Weg erarbeitet. In der Zeit haben wir alle Gesetze, Verordnungen und Programme gemeinsam erarbeitet und dann erst verabschiedet. Das ist Maßstab und Muster für eine erfolgreiche Umsetzung von Zielen. Dabei haben wir sehr genau auch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten erarbeitet. Versorgungssicherheit bedeutet vor allem auch Verlässlichkeit für die Landwirtschaft. Daher werden wir in Niedersachsen diesen Weg weitergehen. Es wird immer wieder zu Veränderungen kommen, aber sie müssen gemeinsam entwickelt und getragen werden. Und die Landwirtschaft muss sich über längere Zeiträume auf die Verständigungen verlassen können.

2: Ein erster richtiger Schritt wurde durch die Entlastungspakete der Bundesregierung gemacht. Aber bei den aktuellen Preisentwicklungen reicht das nicht aus. Wir brauchen einen Preisdeckel für Gas und eine Veränderung beim Strommarktdesign. Das muss jetzt sehr schnell passieren, weil sich die steigenden Preise inzwischen in allen Lebensbereichen wiederfinden. Unabhängig davon müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien mit Wind und Photovoltaik voranbringen und die Menschen im ländlichen Raum müssen davon profitieren. Aber genauso gehört der Ausbau des ÖPNV dazu. Das 9-Euro-Ticket ist ein gutes Beispiel gewesen. Im ländlichen Raum fehlte oftmals das Angebot an Bussen. In Zukunft brauchen wir also flexible Mobilitätsangebote gerade für den ländlichen Raum und nicht nur für die Städte.

3: Um das zu gewährleisten, müssen wir neben dem ÖPNV vor allem die Gesundheitsversorgung sicherstellen. Mit der Landarztquote sind wir einen ersten Schritt vorangekommen. Aber es bedarf auch weiter Mittel für die Weiterentwicklung unserer Städte und Dörfer. Dazu gehört die Belebung unserer Ortszentren auch durch Förderung von Bund und Land. Ohne den ländlichen Raum wird es keine erfolgreiche Energiewende geben. Es ist also auch nur gerechtfertigt, dass die Lebensqualität der ländlichen Räume im Umkehrschluss gesteigert wird.

4: Ganz aktuell müssen wir sogenannte Problemwölfe schneller und einfacher gezielt töten können. Dazu sind die Regelungen zur Zeit zu bürokratisch und ständigen rechtlichen Klagen ausgesetzt. Der Koalitionsvertrag in Berlin hat die richtige Aussage gemacht. Wir brauchen eine regional spezifische Bestandsregulierung. Nur so können wir dauerhaft die Weidetierhaltung sichern.



Wahlkreis Wilhelmshaven

Martin Ehlers
(CDU)

1: Abgeordnete jeder politischen Ebene (Kommunen, Land, Bund, Europäisches Parlament) müssen gemeinsam das Ziel verfolgen, die ausufernde Bürokratie zu begrenzen und Verfahren zu vereinfachen. Darüber hinaus sind Flächenstilllegungen in diesen Zeiten der instabilen Lebensmittelmärkte auszusetzen. Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen die Möglichkeit haben, durch Nutzung ihrer Produktionskapazitäten maximale Erträge zu erwirtschaften. Die Wettbewerbsbedingungen deutscher Landwirte dürfen nicht schlechter sein als die ihrer europäischen Kollegen. Auch die Nutzung eigener Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien muss Betrieben ohne bürokratische und steuerrechtliche Hindernisse ermöglicht werden.

2: Sowohl für Strom als auch für Gas muss eine Preisdeckelung eingeführt werden. Die Kostenbestandteile einzelner Energieerzeugnisse müssen überprüft werden, da ein Großteil aus Steuern, Abgaben, Netzentgelten und weiteren preisbildenden Faktoren besteht, auf die der Gesetzgeber unmittelbaren Einfluss hat.

In Bezug auf die Ärzteversorgung strebt die CDU bis 2027 eine Anhebung der Medizinstudienplätze um 200 in Niedersachsen an.

Dies wird allerdings erst mittelfristig zu einer Verbesserung der Situation führen. Auf kommunaler Ebene werden in Zukunft medizinische Versorgungszentren entstehen müssen, für die jedoch die Kommunen verantwortlich sind.

3: Vorrangig ist die Digitalisierung flächendeckend zu realisieren. Die digitale Infrastruktur darf kein Ansiedlungshindernis für Unternehmen sein. Eine flächendeckende Kinderbetreuung sowie exzellente Schulen sind Grundvoraussetzungen, um gleiche Lebensverhältnisse zu realisieren. Die Unterrichtsversorgung in allen Schulen wird die CDU über eine Offensive bei der Gewinnung neuer Lehrkräfte wieder dauerhaft auf über 100% steigern.

Die medizinische Versorgung muss ggf. über Anreizsysteme auch im ländlichen Raum gewährleistet werden.

4: Die Weidetierhaltung ist eine wichtige Grundlage für die landwirtschaftliche Produktion. Dies darf nicht durch eine zunehmende Wolfspopulation gefährdet werden. Die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht ist daher ein erster richtiger Schritt. Die Weidetierhaltung benötigt wolfsfreie Zonen.



Heinz Weerda
(Einzelbewerber)

1: Landespolitik hat wenig Einflussmöglichkeiten auf Beschlüsse der EU-Kommission zu reagieren. Sie kann nur auf die Folgen verfehlter Agrarpolitik hinweisen.

2: Wie zu allen Themen, der Markt entscheidet!! Bisher haben Eingriffe der Politik mehr geschadet als geholfen – ob Ärzte mit Geld gelockt werden – Verbrauchermärkte entscheiden nach Einzugsmöglichkeiten, und vieles

mehr. Die Politik sollte sich langsam daran gewöhnen, nicht alles regeln zu wollen. Das Leben auf dem Lande hat mehr Vorteile als Nachteile.

3: Die flächendeckende Grundversorgung im Raum Friesland-Wilhelmshaven ist gewährleistet. Hier gibt es aus meiner Sicht auch kein Problem.

4: Wir haben in Niedersachsen mittlerweile 400 Wölfe. In Norwegen und Schweden wird die Wolfspopulation auf 300 gedeckelt. In Finnland gibt es ganze 200 Wölfe, was soll damit gesagt werden!! Das sind große Länder mit wenig Bevölkerung, und wir bei großer Bevölkerung meinen, dass wir hier uns große Wolfspopulationen leisten können. Wir müssen eine Deckelung des Wolfsbestandes herbeiführen, und in Gebieten wie Ostfriesland und im Elbe-Weser-Dreieck gehören überhaupt keine Wölfe hin. Dann können wir unsere Viehhaltung gleich in Ställe verbannen.



Alexander von Fintel
(Bündnis 90/
Die Grünen)

1: Ihre Frage zielt auf einen Verordnungsentwurf der EU-Kommission vom Juli dieses Jahres ab. Dieser ist noch nicht geltendes Recht, das EU-Parlament und der Ministerrat müssen auch zustimmen. Dabei wird der Vorschlag erfahrungsgemäß deutlich abgeschwächt. Einem Verbot von Pflanzenschutzmitteln auf einem Teil der umweltsensiblen Flächen hat der Landvolkverband beim Niedersächsischen Weg bereits zugestimmt. Die Versorgungssi-

cherheit mit heimischen Lebensmitteln wäre aber auch nicht in Gefahr, wenn sich die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag vollständig durchsetzen würde.

2: Wohnungen auf dem Land sind zwar in der Regel größer, dafür sind alternative Heizmöglichkeiten wie Kamine, Holzöfen oder Solarthermie viel verbreiteter, oder die Möglichkeiten diese zu nutzen größer. Von der höheren Pendlerpauschale profitieren die Menschen auf dem Land stärker. Insgesamt dürfte die zusätzliche Belastung nicht vom Wohnort Stadt oder Land abhängig sein.

3. Ein schnelleres und leistungsfähiges Internet, eine bessere Ärzteversorgung durch kommunalen Zugriff auf leere Kassenstellen, deutlich verbesserte öffentliche Verkehrsmittel – alles auch für die Stadt Wilhelmshaven sehr wichtig!

4. Wir wollen Herdenschutzteams etablieren, die bei der Verbesserung des Herdenschutzes helfen. Das europäische und deutsche Recht lässt es zu, Tiere, die wolfsabweisende Zäune überwinden, zu entnehmen. Alles andere ist nach europäischem Recht verboten, Mehrheiten in der EU für eine Änderung der FFH-Richtlinie sind nicht in Sicht. Und zur finanziellen Unterstützung der Weidetierhaltung wollen wir eine Weideprämie einführen.



Marten Gäde
(SPD)

1: Die niedersächsische Landwirtschaft befindet sich mitten in einem Transformationsprozess. Die Herausforderung für die Betriebe, neben der Produktion von Lebens- und Futtermitteln, ist eine verstärkte Berücksichtigung vieler Schutzgüter: mehr Tierschutz, mehr Artenschutz, mehr Umweltschutz, klimagerechter arbeiten und trotzdem ein angemessenes Einkommen erzielen. Wir werden diesen

Transformationsprozess aktiv politisch gestalten und auf Augenhöhe mit der Landwirtschaft an Lösungen arbeiten. Der Niedersächsische Weg ist dafür ein bewährtes Format.

2: Unser Ziel ist, dass alle Menschen zügig, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B gelangen können. Perspektivisch brauchen wir deshalb einen „Hausanschluss Mobilität“. Im ländlichen Raum werden wir den ÖPNV durch Förderung von Rufbus, Bürgerbus oder On-demand-Angeboten wie beispielsweise Ridepooling oder mit Erfahrungen aus dem niedersächsischen Pilotprojekt EcoBus unterstützen.

3: Wir brauchen eine passgenaue Regionalentwicklung und Förderstrategie. Wir werden die Ämter für regionale Landesentwicklung hierfür weiter ausbauen. Wir setzen uns ein für eine Förderung der ländlichen Entwicklung über den ELER-Fonds und den weiteren Ausbau von Projekten wie den LEADER-Regionen. Strukturell schwächere Gebiete brauchen eine Förderung für Dorfläden, Arztpraxen oder andere Gemeinschaftseinrichtungen. Städte ab 10.000 Einwohnern fördern wir seit 2019 mit dem Programm „Zukunftsräume“. Auch die Digitalisierung ist ein wichtiger Baustein für mehr Chancengleichheit.

4: Unser Ziel ist es, das Zusammenleben von Weidetieren, Mensch und Wolf so gut zu gestalten, dass trotz noch steigender Wolfspopulation möglichst wenige Konflikte auftreten. Wir werden mit Organisationen und Verbänden einen institutionalisierten Dialog „Weidetierhaltung und Wolf“ einrichten. Wir wollen den Ländern europarechtskonform ein regional differenziertes Bestandsmanagement ermöglichen.



Jan-Michel Lange
(FDP)

1: Die Landwirte brauchen ein Auflagenmoratorium, also dass es keine weiteren neuen Auflagen gibt. Die Idee, Pflanzenschutzmittel in Schutzgebieten komplett zu verbieten, ist der Sargnagel für viele Betriebe, da es ein Wirtschaften unmöglich macht. Der Natur- und Umweltschutz klappt nur mit den Landwirten und nicht gegen sie. Eine Möglichkeit zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln können neue Züchtungstechnologien wie Crispr/CAS sein.

2: Der ländliche Raum kann auch Gewinner sein, da wir hier viele der erneuerbaren Energien bereits erzeugen und auch weitere erzeugen können. Beispielsweise mit Photovoltaikanlagen auf Ständern über Agrarflächen, um so weiterhin die Bewirtschaftung zu ermöglichen. Hier müssen wir testen, wie gut das in der Praxis funktioniert. Bei Photovoltaik auf Dächern muss die 70%-Regel abgeschafft werden, um mehr erzeugen zu können. Genauso kann die



Thorsten Moritze
(AfD)

1: Die Alternative für Deutschland sieht die Versorgungssicherheit in Deutschland stark gefährdet und lehnt die aktuell von Seiten der Bundesregierung und EU-Kommission betriebene Politik, die zu weiterer Verknappung führen wird, entschieden ab. Die AfD Niedersachsen möchte unserer heimischen Landwirtschaft den Rücken stärken und Rahmenbedingungen schaffen, die unseren Betrieben Planungssicherheit geben und ihnen ein auskömmliches Wirtschaften ermöglichen. Weiteren Gängelungen durch „Rote Gebiete“, „Farm to Fork“ u.ä. wird sich die niedersächsische AfD-Fraktion klar entgegenstellen.

2: Wir benötigen dringend sichere, kostengünstige Energie. Es ist eine Fehlannahme, ein Industrieland wie das unsrige ausschließlich über regenerative Energien versorgen zu können. Die Lösung liegt in einem Energiemix, der alle Arten von Energiequellen beinhaltet. Dazu gehört auch die Verfügbarkeit von bezahlbarem Kraftstoff, Heizöl und Gas – gerade in den ländlichen Regionen. Embargos, Sondersteuern wie die CO₂-Bepreisung oder eine sonstige ideologisch verordnete Verknappung des Energieträgerangebotes lehnen wir klar ab. Sowohl Kernkraftwerke als auch Kohlekraftwerke müssen bis auf weiteres weiterbetrieben werden.

3: Wertschöpfung im ländlichen Raum halten: Den Fortbestand unserer Land- und Forstwirtschaft sichern; eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet endlich sicherstellen; Mobilität, insbesondere der Individualverkehr, muss bezahlbar bleiben.

4: Zwar wurde der Wolf kürzlich ins Jagdrecht aufgenommen. Aber er genießt aktuell eine ganzjährige Schonzeit. Für die AfD steht fest: Der Wolf ist überhaupt nicht im Bestand bedroht, sondern ist bereits in zu großer Population vertreten. Er muss daher umgehend bejagt werden. Dabei setzt die AfD auf die Kompetenz der niedersächsischen Jäger im Rahmen des bewährten Reviersystems. Spezielle staatlich entsandte „Wolfsjäger“ lehnen wir entschieden ab, weil es einer Aushöhlung des eigentümlichen Jagdrechts gleichkäme.

Liebhabeiregelung für steuerliche Belange angehoben werden. Und diese Möglichkeit muss auch auf Altbauten angefacht werden. Alternativen zum Auto werden schwierig, aber es gibt auch andere Ideen, wie zum Beispiel die Telemedizin.

3: Wir brauchen im ländlichen Raum eine bessere Infrastruktur! Dazu zähle ich Dinge der Grundversorgung wie Straßen, Breitband- und Mobilfunkversorgung, aber auch die Ärzteversorgung, Kinderbetreuung, ein gutes Kulturangebot und überhaupt erst Bauplätze für junge Menschen in der Nähe ihrer Eltern.

4: Ein komplettes Einzäunen aller Weidetiere ist technisch gerade an den Deichen völlig unmöglich. Die Aufnahme des Wolfes in das Jagdgesetz ist ein erster Schritt, jetzt müssen wir den Bestand auch regulieren können, wie es in anderen EU-Ländern schon Standard ist. Hierbei geht es nicht um eine Ausrottung des Wolfes, da der gute Erhaltungszustand inzwischen erreicht ist – dies muss die EU jetzt auch so feststellen und damit eine kontrollierte Regulierung ermöglichen.

Wirtschaftlich läuft's – aber Unsicherheit bleibt



Dr. Holger Hennies, Präsident des Landvolks Niedersachsen, hielt den Festvortrag bei der Jubiläumsfeier des Kreislandvolkverbands Wesermarsch.

1948, als der Kreislandvolkverband Wesermarsch gegründet wurde, hatte ein Betrieb im Durchschnitt sechs Milchkuhe – heute sind es 120. Genau umgekehrt verhält es sich mit der Zahl der Betriebe: Von rund 6000 ist die Zahl in den vergangenen 75 Jahren auf etwas mehr als 400 Milchviehbetriebe geschrumpft.

Auf diesen Wandel blickte Landvolk-Vorsitzender Dr. Karsten Padeken zurück, als der Verband sein 75-jähriges Bestehen jetzt in den Nordenhamer Weserterrassen mit zahlreichen Ehrengästen feierte. Auch ein Blick auf die aktuelle Stimmung durfte natürlich nicht fehlen: „Trotz einer relativ guten wirtschaftlichen Lage herrscht aktuell eine große Unsicherheit vor, vor allem bezüglich der politischen Rahmenbedingungen“, stellte er fest. Woran sich diese Unsicherheit genau festmacht, erläuterte Dr. Holger Hennies, Präsident des Landvolks Niedersachsen, in seiner Festrede etwas näher: „Es ist die Summe der ‚kleinen Auflagen‘, die die deutschen Landwirte mehr als ihre Berufskollegen in

anderen Ländern erfüllen müssen – diese machen das Wirtschaften schwieriger.“ Als Beispiele nannte er die Vorgaben für Kälbertransporte, die ohne Ankündigung oder vorherige



Zur Jubiläumsfeier in den Nordenhamer Weserterrassen waren zahlreiche ehemalige und aktuelle Aktive aus der Landvolk-Familie sowie Ehrengäste aus Politik und Wirtschaft gekommen.

Diskussion im vergangenen Jahr vom Bundesrat geändert wurde, oder die Auflagen für Siloplatten. „Davon alleine macht keiner das Hoftor zu“, sagte er, „aber am Ende ist die Summe dieser Auflagen das Problem.“

Als Nächstes würden die Pläne der EU-Kommission zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln ins Haus stehen, die so nicht umgesetzt werden dürften: „Das würde ein Minus von 20 Prozent bei der Getreideproduktion in der EU ergeben“, prognostizierte Holger Hennies. „Das sind genau die 60 Millionen Tonnen, die die Ukraine bislang exportiert hat und die jetzt so schmerzlich auf dem Weltmarkt fehlen.“

Der Landwirtschaft in der Wesermarsch stehe mit dem Moorschutz im Zuge der Klimaschutzbemühungen ein weiteres Thema ins Haus, bei dem man sich aber der Diskussion stellen müsse. Viele Fragen seien dabei jedoch noch offen: Was ist wasserbaulich überhaupt möglich? Wie sehen die genauen Bodenverhältnisse aus, wo ist überhaupt noch Torf in welcher Mächtigkeit vorhanden? Von der Politik müsse eingefordert werden, dass sie die Beteiligten vor Ort in alle Überlegungen einbindet.

„Wir müssen von Anfang an dabei sein, das geht nicht ohne uns, und schon gar nicht gegen uns“, stellte er klar. „Es wird Aufgabe des Kreislandvolkverbands Wesermarsch sein, die Politik hier zu klaren Aussagen zu bewegen.“

Grünlandzentrum untersucht wirtschaftliche Folgen der Moorvernässung

Aus entwässerten Mooren entweicht CO₂ – und das in erheblicher Menge: In Niedersachsen machen diese Emissionen elf Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes aus. Im Bundes-Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2021 ist daher festgelegt, dass diese Emissionen bis zum Jahr 2045 komplett beendet werden müssen, was nur durch eine großflächige Wiedervernässung zu erreichen ist.

Das Grünlandzentrum Niedersachsen-Bremen hat jetzt in einer Studie erstmals Zahlen vorgelegt, welche wirtschaftlichen Folgen dieses Einspar-Ziel für die Regionen entlang der Niedersächsischen Nordseeküste hätte, in denen sich besonders viele Moorflächen befinden. Und diese Zahlen haben es in sich: Betroffen wäre eine Fläche von beinahe 200.000 Hektar, die derzeit hauptsächlich als Dauergrünland zur Milcherzeugung genutzt wird. Das entspricht fast der Hälfte der gesamten Grünlandflächen in der Region. Bei einem geschätzten Besatz von 1,3 Milchkühen pro Hektar tragen auf diesen Flächen zusammen rund 258.000 Kühe zur Wertschöpfung bei – das sind ein Drittel aller Milchkühe in Niedersachsen.

Die derzeitigen Pläne der Politik auf Bundes- und EU-Ebene sehen vor, den Wasserstand in den Mooren so zu erhöhen, dass die Milchproduktion dort vollständig aufgegeben werden muss und nur noch Paludikultur oder Mutterkuhhaltung möglich sein würde. Dies hätte natürlich einen erheblichen Verlust der Wertschöpfung zur Folge: Je nach Bewirtschaftungsart stünde ein Produktionswert zwischen 472 und 673 Millionen Euro pro Jahr zur Disposition. In der Landwirtschaft würden zwischen 3.500 und 6.000 Arbeitsplätze wegfallen, zusammen mit dem vor-

und nachgelagerten Bereich sogar zwischen 30.000 und 48.000 Arbeitsplätze. Der damit verknüpfte Wertverlust der landwirtschaftlichen Flächen wird auf bis zu 2,5 Milliarden Euro geschätzt.



Die Rinderhaltung auf Moorflächen steht vor einem großen Umbruch.

Schon diese wenigen Zahlen machen die Dimension des Projekts „Wiedervernässung von Moorflächen“ deutlich, von der die breite Öffentlichkeit bisher noch kaum Notiz genommen hat. Und die Kosten, die für den erforderlichen Umbau der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur erforderlich werden, sind noch gar nicht in die Rechnung eingeflossen – ganz abgesehen davon, dass sich ja auch viele Siedlungen und andere Wirtschaftsbetriebe in den Mooren befinden und ebenfalls betroffen wären. „Der ökonomische Aufwand zum Ausgleich entstehender Einkommens- und Vermögensverluste erfordert ein weit höheres Budget als zurzeit veranschlagt“, konstatiert die Studie des Grünlandzentrums.

Als alternative Nutzungsart für wiedervernässte Moorflächen werden oft Paludikulturen ins Spiel gebracht. Auch hierfür nimmt die Studie eine ökonomische Bewertung vor: Allein

für die Flächeneinrichtung und das Wassermanagement wird von einem Finanzierungsbedarf von durchschnittlich 14.000 Euro pro Hektar ausgegangen. Die Einrichtung von Torfmoos-Kulturen auf Hochmoor,

die als Torfersatz für den Gartenbau dienen könnten, soll sogar mit rund 50.000 Euro pro Hektar zu Buche schlagen. Im Moment gibt es allerdings noch keinen Markt für Produkte aus Paludikulturen. Angesichts des hohen Handlungsdrucks empfiehlt die Studie daher, weiter an schwach torfzehrenden herkömmlichen Nutzungsformen mit Weidehaltung festzuhalten. Dieser Ansatz bringe schnellere Effekte der Treibhausgas-einsparung und stelle die landwirtschaftlichen Betriebe vor weniger Probleme in der betrieblichen Umstrukturierung.

Die Studie des Grünlandzentrums bietet eine Fülle von weiteren Informationen rund um das Thema Moorschutz in den Küstenlandkreisen. Sie findet sich zum kostenlosen Download im Internet:

<https://www.gruenlandzentrum.org/wp-content/uploads/2022/08/faktencheck.pdf>



Die Kampagne „Eure Landwirte – echt grün“ ist auf vielen Kanälen aktiv – hier ein Überblick aus dem Monat August.

Kampagne plant „Klima-Woche“ im Oktober



Im Oktober werden in den großen Städten wieder Plakate zu sehen sein.

Im Herbst wird die Kampagne „Eure Landwirte – Echt grün“ wieder auf vielen Kanälen präsent sein – mit Werbung und Plakaten in den großen Städten sowie in den Sozialen Medien Facebook, Instagram, YouTube und TikTok. Erstmals soll es dabei einen gemeinsamen Aufschlag mit anderen landwirtschaftlichen Kampagnen wie „Land Schafft Werte“ oder dem „Forum Moderne Landwirtschaft“ geben. Thematisch wird sich alles um den Klimaschutz drehen.

Die sogenannte „Out of Home“-Kampagne mit Plakaten startet direkt nach der Landtagswahl am 11. Oktober. Den ganzen Monat über werden an insgesamt 494 Standorten zwei Motive sichtbar sein, darunter das Plakat „Klimaschützer“.

F flankiert wird diese Kampagne durch eine „Klimawoche“ vom 10. bis 14. Oktober in den Online-Medien. Jede der beteiligten landwirtschaftlichen Initiativen wird pro Tag zwei Beiträge unter dem Motto „Ich mache was fürs Klima – was machst Du?“ posten. Derzeit laufen die Vorbereitungen und Videodrehs für die Aktion.

Auf den verschiedenen Social-Media-Kanälen hat „Eure Landwirte – Echt grün“ mittlerweile knapp 19.000 Follower. Die Reichweite ist nach wie vor auf Facebook am größten, aber auch der neu gestartete TikTok-Kanal kommt bei der sehr jungen Zielgruppe der Unter-20-Jährigen auf gute Reichweiten.

Vorstand im Amt bestätigt

Im Anschluss an die Jubiläumsfeier zum 75-jährigen Bestehen des Kreislandvolkverbands Wesermarsch (siehe Bericht auf Seite 10) fand die Jahreshauptversammlung des Verbands statt. Bei den anstehenden Wahlen wurden Dr. Karsten Padeken als Vorsitzender, Hendrik Lübben als sein Stellvertreter sowie Marco Hekert als Vorstandsmitglied für den Bereich Jade einstimmig für die Dauer von zwei Jahren wiedergewählt.



(v.l.) Hendrik Lübben, Dr. Karsten Padeken und Marco Hekert wurden einstimmig in ihren Ämtern bestätigt.

Monitoring: Die „ultimative“ Kontrolle oder Gängelung?



Über die App FANi können Informationen zu den im GAP-Antrag erfassten Flächen weitergegeben werden.

Spätestens nach Erhalt eines Anschreibens zur Nutzung der Foto-App „FANi“ dämmerte es wohl den meisten Landwirten: Es gibt seit diesem Jahr ein neues Kontrollverfahren für die Prämienanträge, die sogenannte „Kontrolle durch Monitoring“.

Nun könnte den Landwirten ja relativ egal sein, wie sich die Agrarverwaltung hinter den Kulissen neu organisiert. Die allermeisten Bauern haben nichts zu verstecken und machen die Angaben in ihren Anträgen nach bestem Wissen und Gewissen.

Das Monitoring hat jedoch vielen Landwirten einmal mehr das Gefühl gegeben, unter Generalverdacht zu stehen. Es funktioniert so:

Die Angaben zu den angebauten Kulturen aus dem Prämienantrag werden von Amts wegen zunächst allesamt in Frage gestellt. Erst wenn Satellitenbilder, die etwa alle sechs Tage aktualisiert werden, ergeben, dass auch tatsächlich die angegebene

Kultur angebaut wird, wird die Angabe aus dem Antrag legitimiert. Das passiert für JEDEN einzelnen beantragten Schlag JEDES einzelnen Antragsstellers! Zigfach im Jahr werden also alle Flächen fotografiert, diese Daten gespeichert, verarbeitet und bewertet. Man kann sich vorstellen, welcher Aufwand betrieben wird und dass hierbei zwangsläufig Fehler passieren.

Das konnte man sehr gut im Juli und dann nochmals im September feststellen, als die allermeisten Antragssteller in Niedersachsen angeschrieben wurden. Ihnen wurden mitgeteilt, dass die Nutzung einiger Flächen durch das Monitoring nicht erkannt wurde. Man möge doch freiwillig die App „FANi“ nutzen, mit der Fotos von den Flächen gemacht und an die Prüfdienste übermittelt werden. Andernfalls würde die Nutzung durch Vor-Ort-Kontrollen kontrolliert. Dies ist die zweite Neuerung des Monitorings: Der Landwirt kann aktiv bei der

Ausräumung von Unstimmigkeiten mitwirken – eigentlich eine gute Idee.

So, wie das Ganze aber praktisch umgesetzt wurde, dürfte den allermeisten Landwirten die Lust an der Mitwirkung jedoch vergangen sein. Was war passiert? Zigtausende Antragssteller wurden angeschrieben mit dem Hinweis, sie sollen doch für einen Großteil ihres Grünlandes einen Fotonachweis erbringen, dass sie dieses tatsächlich auch nutzen. Neben viel Verdruss produzierte das auch viel unnütze Arbeit – was eigentlich ja durch das neue Verfahren vermieden werden sollte.

Die Ursache war, dass die Auswertungssoftware offenbar (noch) nicht gemähtes von gemähtem oder beweidetem Grünland unterscheiden konnte. Das wird in den nächsten Jahren hoffentlich besser funktionieren. Für viele Landwirte, die diese größtenteils unsinnigen Fotoaufträge als Gängelung empfunden haben, dürfte es möglicherweise ein weiterer Grund sein, künftig keinen Prämienantrag mehr zu stellen.

► **Autor:**
Tjade Gronau,
Mitarbeiter für
Grüne Buchführung





(v.l.) Henning Punke, Heiko Holthusen, KreisLandFrauenverbands-Vorsitzende Ute Cornelius, Kreislandvolk-Vorsitzender Dr. Karsten Padeken (2.v.r.) und Renko Eilts (r.) von der Landwirtschaftskammer übergaben die Erntekrone an Stephan Siefken (3.v.r.), Landrat des Landkreises Wesermarsch.

Erntekronen schmücken Kreishäuser

In diesen Tagen schmücken wieder die Erntekronen die Kreishäuser in Friesland und in der Wesermarsch. Die Übergabe der Erntekronen wird traditionell dazu genutzt, eine Erntebilanz zu ziehen und mit den Landräten Sven Ambrosy (Friesland), Stephan Siefken (Wesermarsch) und weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltungen über aktuelle landwirtschaftliche Themen ins Gespräch zu kommen. Das Binden der Erntekronen haben in diesem Jahr der Ortslandvolkverein Cleverns-Sandel-Möns für Friesland sowie der Ortslandvolkverein Hammelwardermoor für die Wesermarsch übernommen.



Die Erntekrone für das Friesländer Kreishaus in Jever hatte der Ortslandvolkverein Cleverns-Sandel-Möns gebunden.

Hartmut Seetzen führt Verband seit 20 Jahren an

Herzlichen Glückwunsch an Hartmut Seetzen: Seit 20 Jahren ist er Vorsitzender des Kreislandvolkverbands Friesland. Bei der Jahreshauptversammlung in Jever gratulierten ihm jetzt seine Stellvertreter Jörg Even und Gerke Albers. Hartmut Seetzen war am 21. März 2002 als Nachfolger von Hajo Tjarks ins Amt gewählt worden. Die Ehrung fand mit etwas Verspätung statt, da die Jahreshauptversammlung aufgrund der Corona-Situation vom Frühjahr in den September verschoben wurde. „Du hast Dich immer für uns eingesetzt, oft haben wir auch gar nicht mitbekommen, was im Hintergrund alles gelaufen ist“, lobte Jörg Even. „Mir hat dieses Amt immer Spaß gemacht, man kann wirklich etwas bewegen“, bilanzierte Hartmut Seetzen. „Ich würde es sofort wieder machen.“



Ein Dankeschön für 20 Jahre Vorsitz des Kreislandvolkverbands Friesland überbrachten (v.r.) Gerke Albers und Jörg Even an Hartmut Seetzen.

Neu im Team der Buchstelle in Ovelgönne



Frauke Ahrenholtz

Zuhause in: Oldenburg (Oldenburg)

Berufliche Stationen:

- Ausbildung als Steuerfachangestellte
- Zusatzprüfung Steuerfachangestellte Fachrichtung Landwirtschaft
- Berufsbegleitende Fortbildung zur Betriebswirtin (VWA)
- Berufsbegleitendes Aufbaustudium an der Fachhochschule Südwestfalen, Abschluss Bachelor of Arts BWL
- Steuerberaterin

Bezug zur Landwirtschaft:

- Meine Großeltern hatten einen Milchviehbetrieb

Meine Aufgaben:

- steuerliche Beratung
- stellvertretende Standortleiterin

Wechsel in der Leitung der Versicherungsagentur

Ende August ist Erwin Böning, Leiter der Landvolk Dienstleistungs-Versicherungsagentur, in den Ruhestand verabschiedet worden. Dr. Karsten Padeken und Hartmut Seetzen, Vorsitzende der Kreislandvolkverbände Wesermarsch sowie Friesland, bedankten sich gemeinsam mit Geschäftsführer Manfred Ostendorf für seine 13-jährige Tätigkeit beim Landvolk. An seinem letzten Arbeitstag hatte Familie Böning noch eine schöne Überraschung organisiert: Zur letzten Heimfahrt kam Ewald Hadelar mit einem 105 Jahre alten Ford Model T vorbei und holte den Neu-Rentner ab.

Die Nachfolge als Leiterin der Versicherungsagentur hat Wiebke Wulff-Brandt übernommen, die im Mai 2019 zum Team dazugestoßen war. Die gelernte Bankkauffrau und Landwirtin hat in diesem Jahr die IHK-Prüfung zur Fachfrau für Versicherungsvermittlung abgelegt und wird künftig im Innen- und Außendienst die Kunden beraten. Im Nebenerwerb betreibt sie gemeinsam mit ihrem Mann Christian einen 65 Hektar großen Milchviehbetrieb.



Wiebke Wulff-Brandt hat die Leitung der Versicherungsagentur von Erwin Böning (2.v.r.) übernommen. Es gratulierten Dr. Karsten Padeken (l.), Manfred Ostendorf (Mitte) und Hartmut Seetzen (r.).

Öko-Station startet im Januar

Ein weiterer Schritt auf dem „Nieder-sächsischen Weg“ steht bevor: Am 1. Januar 2023 wird die „Ökologische Station Jade“ ihre Arbeit aufnehmen. Das Land Niedersachsen fördert die Station mit 403.000 Euro, organisatorisch ist sie an die Naturschutzstiftung Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven angebunden. Ihre Aufgabe ist die Betreuung der Schutzgebiete im Jade-Raum einschließlich der Wesermarsch sowie die Prüfung, ob Schutzmaßnahmen auch Wirkung zeigen.

Kreislandvolkverband Friesland | Kreislandvolkverband Wesermarsch

P  **PREMIUMADDRESS
BASIS
DIALOGPOST**

Landvolk im Dialog 2022

Wann und wo?

Dienstag, 1. November 2022, um 20 Uhr
Butjadinger Tor „Auf der Alm“, Abbehausen

Donnerstag, 3. November 2022, um 20 Uhr
Landhaus Diekmannshausen, Jade

Mittwoch, 9. November 2022, um 20 Uhr
Bischoff's Gasthof „Zur alten Schänke“, Berne-Ganspe

Donnerstag, 10. November 2022, um 20 Uhr
Eckflether Kroog, Moorriem

Auch in diesem Jahr möchten wir wieder in lockerer Atmosphäre mit unseren Mitgliedern vor Ort über aktuelle Themen ins Gespräch kommen. Die Veranstaltungen finden jeweils abends um 20 Uhr statt.

Themen werden wie immer agrarpolitische Tagesfragen sein, daneben werden wir auch über den aktuellen Stand der GAP ab 2023 berichten. Weitere Themen sind der aktuelle Sachstand beim Moorschutz und der „Faktencheck Moor“ des Grünlandzentrums sowie die Fortentwicklung der Imagekampagne „Eure Landwirte – Echt grün“. Für den Landkreis Friesland sind ebenfalls zwei Veranstaltungen geplant, die im Januar durchgeführt werden.

